

Pressekonferenz am 11.05.2021, 10.00 Uhr, per Videokonferenz aus Berlin

**Vorstellung der forsa-Repräsentativbefragung**

**„Gewalt gegen Lehrkräfte“**

im Auftrag des VBE Bundesverbandes

(mit Stichproben für Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, NRW und Rheinland-Pfalz)

Sprechzettel von Udo Beckmann

Bundesvorsitzender VBE

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Raunen wird immer lauter, die Demonstrationen größer und nicht zuletzt solche Aktionen wie „Alles dichtmachen“ befördern den Diskurs. Gleichzeitig gibt es immer noch viele, denen die Maßnahmen nicht weit genug gehen. Unter ihnen auch einige Eltern, die zum Beispiel unter dem Hashtag #BildungAberSicher auf Twitter dafür werben, Distanzunterricht weiterzuführen. Andere Eltern wollen Präsenzunterricht um jeden Preis.

Die unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen befinden sich also in einer enormen Spannbreite. Oft innerhalb eines demokratischen Diskurs-Korridors. Aber wir alle wissen, dass nicht jede Demonstration in diesem Land gewaltfrei abläuft und wir alle fühlen nicht nur, sondern können hören, wie sich Sprache verändert und immer rauer wird.

Es war nur eine Frage der Zeit, bis dieser raue Ton an Schule ankommt. Schon von Beginn der Corona-Krise an zeigten sich hier die konträren Meinungen. Lange konnten Lehrkräfte und Schulleitungen Konflikte gut eindämmen und Kompromisse finden. Doch mit zunehmender Regelungsdichte, aber gleichzeitiger Regelungsungleichheit pro Bundesland, teilweise pro Landkreis, gepaart mit mangelhafter Kommunikation der Politik mit den Schulen, hat sich die Beziehung zwischen den dort Arbeitenden und denen, die auf die Schule als Bildungs- und Betreuungseinrichtung angewiesen sind, zunehmend vergiftet. Hinzu kommt, dass die Auffassung, was als wissenschaftlich gesichert gilt, durchaus unterschiedlich ist.

Bisher wurde die aktuelle Krise und die sowieso schon angespannte Situation nicht zusammen betrachtet. Es gibt kaum proaktive Unterstützung der Kultusministerien. Auf Nachfrage werden wenig hilfreiche Strategien benannt, wie mit Drohungen umgegangen werden kann. Da wird in Thüringen empfohlen, eine im Internet kursierende Haftungserklärung einfach **nicht** zu unterschreiben. Als würde der Konflikt sich davon in magischer Weise auflösen; die Person, die eine Unterschrift verlangt hat, einfach gehen und die Fortführung der bisherigen Maßnahmen akzeptieren. Aber hier gibt es ein Problem, liebe Politik!

**[Chart 2]**

Um das zu verdeutlichen, haben wir forsa damit beauftragt, Lehrkräfte danach zu befragen, ob es an ihrer Schule im Zusammenhang mit der Umsetzung von Infektionsschutzmaßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus zu direkter psychischer Gewalt, Gewalt über das Internet oder körperlicher Gewalt gegen Lehrkräfte gekommen ist. Die Ergebnisse sind mit 1.501 Befragten bundesweit repräsentativ. Zudem gibt es Stichproben aus Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, die gerade parallel veröffentlicht werden.

Schon seit 2016 führt der Verband Bildung und Erziehung immer wieder repräsentative Untersuchungen zum Thema „Gewalt gegen Lehrkräfte“ durch, deshalb ein Wort zur Fragestellung: In unseren vorhergehenden Befragungen hatten wir stets einen Zeitraum von fünf Jahren betrachten lassen. Die Lehrkräfte und Schulleitungen bescheinigten uns unabhängig voneinander, dass es an über der Hälfte der Schulen in diesem 5-Jahreszeitraum zu psychischer Gewalt kam und an jeder fünften bis jeder vierten Schule zu körperlicher Gewalt. Wenn wir jetzt explizit Gewaltvorfälle im Zusammenhang mit der Umsetzung von Corona-Schutzmaßnahmen abfragen, können dies maximal ein Jahr alte Fälle sein.

Was also sind die Befunde? An wie vielen Schulen kommt es nicht nur zu Gesprächen im Rahmen des demokratischen Diskurses, sondern gar zu Konflikten, die mit psychischer und physischer Gewalt gegen Lehrkräfte oder Schulleitungen einhergehen?

**[Chart 3]**

22 Prozent der Befragten gaben an, dass es an ihrer Schule im Zusammenhang mit der Umsetzung von Infektionsschutzmaßnahmen zu direkter psychischer Gewalt kam. Das ist die Drohung beim Elternabend, das ist das eskalierende Gespräch, das sind die Briefe, die viele Lehrkräfte gerade erhalten. Interessant: Beschäftigte an Grundschulen sagen das deutlich öfter (29 Prozent); an Gymnasien deutlich seltener (13 Prozent).

**[Chart 4]**

Von wem geht diese Gewalt aus?

Die Lehrkräfte sagen, dass die meisten Angriffe von Eltern ausgehen. Circa ein Viertel weiß zudem von Angriffen durch Schülerinnen und Schüler. Und besonders interessant: Fast jede fünfte Lehrkraft berichtet, und das finde ich besonders bedenklich, dass die Angriffe von Personen ausgehen, die nicht unbedingt Kinder an der Schule haben, aber in Organisationen aktiv sind, die sich gegen die Corona-Schutzmaßnahmen aussprechen. Bekannte Beispiele sind kleinere Demonstrationen vor Schulen von Maskengegnern und -gegnern.

**[Chart 5]**

Sehr ähnlich sieht es bei der Fragestellung aus, ob es psychische Gewalt über das Internet gab. Das kann die drohende Whatsapp-Nachricht sein oder die diffamierende E-Mail. Da wird den Lehrkräften mit Strafanzeigen und Berufsverbot gedroht, eine persönliche Haftbarmachung eingefordert und weiteres. 25 Prozent der Befragten sagten, dass dies an ihrer Schule passiert ist. Deutlich weniger, übrigens an Förderschulen.

**[Chart 6]**

Die Angriffe gingen auch bei dieser Gewaltart vor allem von Eltern aus. Nochmals jedoch möchte ich ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, dass jede vierte Lehrkraft angibt, dass die Angriffe über das Internet von Erwachsenen ausgeübt werden, die gar keine Kinder an dieser Schule haben. Lehrkräfte werden hier ungeschützt zur Zielscheibe von Andersdenkenden, ungeschützt von der Politik. DAS ist der eigentliche Aufschrei, der von diesen Zahlen ausgehen muss. Was gedenken die Kultusministerien zu tun, um Lehrkräfte davor zu schützen?

**[Chart 7]**

Auch weil es nur eingeschränkt Präsenzunterricht gegeben hat, und viele Online-Meetings, gibt es zumindest nicht so viele Gelegenheiten, diese Konflikte körperlich auszutragen. 2 Prozent der Befragten sagten trotzdem, dass es dazu kam. Wenn Sie das aber hochrechnen, heißt das immer noch, dass es innerhalb der letzten Monate an 650 der 32.500 allgemeinbildenden Schulen in Deutschland zu körperlichen Angriffen gegen Lehrkräfte oder die Schulleitung kam.

**[Chart 8]**

Und: Die Konflikte, die Lehrkräfte und Schulleitungen gerade aushalten müssen, treffen sie in einer denkbar schwierigen Situation. Nach einem Jahr Pandemie haben wir sie gefragt, was ihre größten Probleme sind. Normalerweise wurde in den letzten Umfragen darauf so etwas geantwortet, wie Digitalisierung und Lehrkräftemangel, Schulbau und Heterogenität der Lerngruppen. Momentan haben fast alle Aussagen einen Pandemiebezug. Insbesondere die fehlende Planbarkeit macht natürlich nicht nur Eltern zu schaffen, sondern auch den Lehrkräften – die wohlgemerkt - und das wird vielfach vergessen - auch vielfach selbst Eltern sind. Die parallele Umsetzung verschiedener Beschulungsformen und die hohe Arbeitsbelastung kratzen an den Nerven. Hinzu kommt die Durchführung von Corona-Tests bei fehlender Impfung und der Angst vor Ansteckung. Lehrkräfte befinden sich seit einem Jahr im Ausnahmezustand. Die Dauerkrise zerrt an den Kräften.

Und dann, dann wenn sie selbst kaum mehr können, wenn die Umsetzung der Schutzmaßnahmen, zum Beispiel das Testen, für sie selbst ein Gesundheitsrisiko darstellt, und wenn sie eigentlich nichts mehr wollen als Normalität im Klassenzimmer und wieder den regelmäßigen und engen Kontakt zu ihren motivierten Schülerinnen und Schülern: Dann kommen an jeder vierten Schule die Schülerinnen und Schüler, an jeder fünften bis vierten Schule Erwachsene von extern und an fast allen Schulen die Eltern – und bedrohen oder beleidigen sie. Ich frage Sie: Möchten Sie so arbeiten?

**[Chart 10]**

Der einzige Lichtblick bleibt der Zusammenhalt im Kollegium. Wer angegriffen wurde, spricht darüber mit anderen Lehrkräften und der Schulleitung und findet sich hier auch mehrheitlich gut unterstützt. Interessant ist aber: An die Schulaufsicht wendeten sich nur 16 Prozent der Angegriffenen, an das Kultusministerium nur 2 Prozent. Und so sind wir heute mit der Veröffentlichung der Umfrage gerne dabei behilflich, die Politik darauf hinzuweisen, dass es hier ein Problem gibt und Schluss mit Wegsehen und Schönreden sein muss.

„Gewalt gegen Lehrkräfte im Zshg. mit der Umsetzung von Corona-Schutzmaßnahmen“

Denn: Es wurde eine Situation hergestellt, in der diejenigen, die Regelungen befolgen und umsetzen müssen – und zwar ganz unabhängig davon, für wie richtig und wichtig sie diese selbst halten – dafür abgestraft werden. Ja, die Situation macht uns alle müde. Das Regelungschaos mit unterschiedlichen Ansagen pro Bundesland und teilweise pro Landkreis versteht niemand mehr. Hinzu kommt die anhaltende Unsicherheit vieler Eltern, ob sie ihren Arbeitsplatz ausfüllen oder gar halten können, je länger gekürzte Stundenpläne, Wechselunterricht oder gar Distanzunterricht notwendig sind.

Für uns steht unabdingbar fest, dass trotz allem Verständnis für die durch diese Situation ausgelösten Befindlichkeiten in allen Teilen der Gesellschaft, aus diesem Frust heraus trotzdem keine einzige Lehrkraft angegriffen werden darf. Wir sehen aber auch, dass es dringend bessere Unterstützung der Politik braucht, um hier Sicherheit zu schaffen und Konflikte einzudämmen. Zudem braucht es mehr Aufmerksamkeit, die Angriffe von Externen abzuwehren. Was ist das für eine Einstellung, wenn sich eine laute Minderheit dazu aufschwingt, Lehrkräfte zu bedrohen, um ihre Interpretation wissenschaftlicher Ergebnisse durchzubringen?

Was also braucht es jetzt?

Zuerst muss die Politik hinsehen. Das hier sind keine Einzelfälle! Wir waren erschrocken, von wie vielen Fällen uns berichtet wurde. Und dann braucht es ein entschlossenes Handeln.

Die Bundesnotbremse ist sicherlich ein erstes Mittel, um deutschlandweit einheitlichere Regelungen umzusetzen. Allerdings nur für Schulschließungen. Wir würden uns wünschen, dass auch der Eintritt in den Wechselunterricht bei einer Inzidenz von 50, wie es das RKI empfiehlt, deutschlandweit geregelt wird. Die Kultusministerkonferenz kommt hier ihren Möglichkeiten und Kompetenzen nach wie vor nicht nach und nimmt wissentlich in Kauf, dass die unterschiedlichen Regelungen zu großem Unverständnis, Unmut und mangelnder Akzeptanz führen.

Zum anderen erwarten wir, dass beschlossene Regelungen transparent sind und wissenschaftlich fundiert erläutert werden. Nur so haben wir eine Chance, uns nicht an den Schulen mit Fragen wissenschaftlicher Glaubwürdigkeit auseinandersetzen zu müssen. Unterstützen könnten Informationsmaterialien, die ausgegeben werden können, um zurück in den Diskurs im normalen demokratischen Spektrum zu kommen.

Und nicht zuletzt braucht es ein ums andere Mal das gleiche: den vollen Schutz des Dienstherrn. Dazu gehört die Möglichkeit, Fälle schnell und unbürokratisch melden zu können und dann unterstützt zu werden von konkreten Ansprechpersonen.

Ein letzter Wunsch: Wichtig ist, aus diesen Zahlen mitzunehmen, dass die anderswo beschlossenen Maßnahmen, die im besten Sinne umgesetzt werden, an Schule zu immensum Konfliktpotenzial führen. Und dabei ist jeder Angriff gegen eine Lehrkraft auch ein Angriff gegen die Institution Schule und damit gegen den Staat. Wollen wir das als Gesellschaft hinnehmen? Wir sind alle gefragt, uns in den Diskurs einzumischen und mit Fakten statt Meinung Haltung zu zeigen! Der VBE liefert diese Fakten.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!